

Stellungnahme des Stadtbezirksrats Linden-Limmer zum Anhörungsschreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 10.07.2017 / Halim-Dener-Platz

Hiermit nimmt der Stadtbezirksrat Linden-Limmer Stellung im Rahmen der Anhörung durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (MI) nach § 28 I VwVfG im Verfahren der kommunalaufsichtlichen Prüfung und versteht sich somit fortan als Beteiligter iSd § 13 VwVfG.

Beschluss des Bezirksrats rechtmäßig

Der Beschluss des Stadtbezirksrats Linden-Limmer vom 07.06.2017, den Platz zwischen Velvet- und Pfarrlandstraße südlich der Wilhelm-Bluhm-Straße in Linden-Nord als „Halim-Dener-Platz“ zu benennen, ist rechtmäßig.

Die Beanstandung eines rechtmäßigen Beschlusses durch die Kommunalaufsicht nach § 173 I NKomVG stellt eine Verletzung der verfassungsrechtlichen Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 II GG und einen rechtswidrigen Eingriff in den eigenen Wirkungskreis der Gemeinde durch repressive Aufsichtsinstrumente dar.¹

Im Schreiben des MI vom 10.07.2017 ist zutreffend dargestellt und als unstrittig anerkannt, dass die Benennung des ausschließlich im Stadtbezirk Linden-Limmer gelegenen Halim-Dener-Platzes gem. § 93 I 2 Nr. 3 NKomVG in den alleinigen Zuständigkeitsbereich des Bezirksrates fällt. Die Rechtspflicht aus § 93 I 2 NKomVG, die Belange der gesamten Gemeinde in sachlicher, finanzieller und personeller Hinsicht zu beachten,² wurde vom Bezirksrat nicht nur erkannt, er ist ihr auch entgegen der Behauptung des MI vollumfänglich nachgekommen.

Dass der Bezirksrat sein Ermessen iSd § 40 VwVfG pflichtgemäß ausgeübt und dabei die einheitliche Verwaltung der Stadt in Bezug auf die Pflichten gegenüber allen Bürgern und Einwohnern und in Bezug auf überbezirkliche und gesamtstädtische Notwendigkeiten zu keiner Zeit beeinträchtigt oder gefährdet hat, wird in der folgenden Stellungnahme aufgezeigt.

Dazu muss auf die angeführten Argumente des Oberbürgermeisters (OB) der Landes-

¹ Burgi, Kommunalrecht, 5. Aufl. 2015, Rn 42 f.

² Blum/Häusler/Meyer, Nds. Kommunalverfassungsgesetz, 4. Aufl. 2017, § 93 Rn 4 ff.

hauptstadt Hannover Stefan Schostok eingegangen werden, die sich im Wesentlichen auf eine angebliche, jenseits gebotener strikter Neutralität, unzulässige Positionierung der Stadt im Bezug auf Entwicklungen in der Türkei und eine drohende Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit beschränken. In der Sache sind diese zumindest tendenziös, teilweise gar schlichtweg falsch, welches im folgenden ausführlich dargestellt wird..

Somit fehlt der Argumentation des MI die inhaltliche und sachliche Grundlage.

1. Neutralität der Stadt durch Platzbenennung nicht gefährdet

Durch eine Benennung des Halim-Dener-Platzes wären die Belange der gesamten Stadt, insbesondere die Einheit der Verwaltung bzgl. ihrer Pflichten gegenüber allen Bürgern und Einwohnern, nicht gefährdet und die Neutralität der Stadt angesichts der Entwicklungen in der Türkei nicht beeinträchtigt.

a) Die Stadt ist nicht neutral

An dieser Stelle muss auch auf das Gebot der Neutralität, auf das sich der OB bezieht, eingegangen werden.

Bekannt ist, dass die Kommunalverwaltung ebenso wie der Hauptverwaltungsbeamte zu unparteiischer Verwaltungstätigkeit und einer Zurückhaltung bei der politischen Betätigung verpflichtet ist. Allerdings erfordert die kommunale Selbstverwaltung bei bestimmten strittigen Themen nicht nur den Mut Entscheidungen zu treffen, sondern auch den Freiraum Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft selbst wahrzunehmen. Dass der Beschluss einen Platz nach Halim Dener zu benennen in eben diesem Spannungsfeld liegt, ist dem Bezirksrat durchaus bewusst. Der Gesetzgeber hat mit § 93 I 2 Nr. 3 NKomVG den Bezirksräten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht auferlegt, solch schwierige Entscheidungen zu treffen. Der Bezirksrat ist in dieser Hinsicht der Überzeugung, dass sich die getroffene Entscheidung innerhalb des ihm gesetzlich zugesicherten Ermessens liegt. OB und das ihn in seiner Meinung unterstützende MI greifen jedoch unzulässigerweise in die Kompetenzen des Bezirksrats und im Ergebnis in den eigenverantwortlichen Aufgabenbereich der Kommune ein, wenn sie den Beschluss des Bezirkesrates nicht entsprechend der Wertung des § 170 I 3 NKomVG prüfen, nämlich ausdrücklich so, „dass die Entschlusskraft und die Verantwortungsfreude nicht beeinträchtigt werden.“ Im Gegenteil ist die Aufsichtsbehörde nach stRspr zu einer kommunalfreundlichen Ausübung der Aufsicht verpflichtet, zugunsten der „Bereitschaft, Mitverantwortung auch dort zu tragen, wo es bequemer wäre, sich ihr wegen der damit verbundenen Belastungen zu entziehen, und wo

das Risiko eines Konflikts mit anderen Entscheidungsträgern besteht.“³

Zudem ist die Neutralität der Stadt Hannover gegenüber ihren Einwohnern und Bürgern nicht mit Objektivität zu verwechseln. Da sie Verantwortung trägt, muss sie hin und wieder Entscheidungen treffen, die eine gewissen Brisanz mit sich bringen und nicht von Allen mit Verständnis aufgenommen werden können.

Hier seien nur ein paar Fälle seit dem letzten Jahr aufgeführt, in denen der OB oder die Stadt Entscheidungen getroffen haben, die als Einmischung in einen „innertürkischen“ Konflikt verstanden werden könnten. Im Grunde handelt es sich bei diesen Entscheidungen aber um klare Positionierungen, die eine kommunalpolitische Verantwortung erforderlich macht und dem Bezirksrat bei seinem Beschluss der Platzbenennung ein Vorbild waren.

Seit Jahren strebt die Landeshauptstadt eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Diyarbakir im kurdischen Südosten der Türkei an. Um die Städtepartnerschaft voranzubringen, hat sich der Freundeskreis Hannover-Diyarbakir gegründet, dem viele zivilgesellschaftliche Akteure und Persönlichkeiten der hannoverschen Stadtgesellschaft, wie die frühere niedersächsische Justizministerin Heidi Merk und ihr Ehemann, der frühere OB Herbert Schmalstieg angehören. Es finden regelmäßig gegenseitige Besuche und ein Austausch zwischen gesellschaftlichen Gruppen der beiden Städte statt, wie u.a. Gewerkschaftern, Jugendlichen, Fußballern, Musikern etc.

Zwischen den beiden Stadtverwaltungen hat es immer wieder Gespräche und Briefwechsel auf höchster Ebene gegeben, auch mit OB Schostok. Der Rat der Landeshauptstadt hat sich immer wieder mit dem Thema befasst, zuletzt aufgrund der Zerstörung von Teilen Diyarbakirs durch das Militär der Türkei.⁴

Seit der Verhaftung der beiden Kobürgermeister Diyarbakirs, Gültan Kışanak und Firat Anlı, und der Einsetzung eines Zwangsverwalters durch die Zentralregierung in Ankara, hat die Stadt Hannover nach Angaben des OBs die Gespräche über eine Städtepartnerschaft ausgesetzt, um nicht den undemokratischen Vorgang der Zwangsverwaltung zu legitimieren.

Auch wenn sich Rat und Stadt in der Frage der Städtepartnerschaft mit Diyarbakir nicht mit Entschlossenheit hervortun, beschäftigen sie sich mit dem Thema und treffen bedeutende Entscheidungen.

³ OVG Lüneburg, Urteil vom 25.03.1987, NVwZ 1988, 464, 465; Blum/Häusler/Meyer, Nds. Kommunalverfassungsgesetz, 4. Aufl. 2017, § 170 Rn 13.

⁴ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/Debatte-im-Rat-um-Partnerschaft-mit-der-kurdischen-Metropole-Diyarbakir>

Die Stadt Hannover stellte dem türkischen Generalkonsul am 31.10.2016 das Foyer des Neuen Rathauses für einen Empfang anlässlich des türkischen Nationalfeiertags zur Verfügung.

Nicht einmal eine Woche zuvor, am 25.10.2016, zu einem Zeitpunkt als bereits über 100.000 Staatsangestellte der Türkei suspendiert oder inhaftiert worden waren,⁵ kam es zur Verhaftung der Kobürgermeister der angehenden Partnerstadt Diyarbakir.⁶

Obwohl OB Schostok um die Spannungen aufgrund der desolaten Menschenrechtslage in der Türkei wusste, ließ er den Empfang wie geplant stattfinden. Laut der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) begründete die Stadt ihr Vorgehen „mit der Symbolkraft des Rathauses als Ort der Begegnung von Kulturen und Nationen.“⁷ Eine ähnliche Argumentation für den Halim-Dener-Platz in Linden will der OB nicht gelten lassen, sondern sieht darin eine unzulässige Parteinahme.

Am 17.03.2017 erteilte die Stadt Hannover dem stellvertretenden Vorsitzenden der Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP), Mehmet Mehdi Eker, ein politisches Betätigungsverbot, nachdem sie zuvor eine Veranstaltung mit ihm im Freizeithaus Lister Turm untersagt hatte.⁸ Damit wollte sie einen Wahlkampfauftritt Ekers im Vorfeld des Referendums über eine Verfassungsänderung in der Türkei verhindern. Auf einer Pressekonferenz sagte OB Schostok deutlich: „Eine solche Veranstaltung wollen wir in Hannover nicht haben.“⁹ Dieses Verhalten von Stadt und OB sollte die Belange der Stadt verantwortungsvoll regeln. Es stellt aber auch unweigerlich eine Positionierung in „innertürkischen“ Konflikten dar, was nicht von der Hand gewiesen werden kann.

Dies sind nur einige wenige Beispiele, die als Einmischung in einen „innertürkischen“ Konflikt gewertet werden könnten und damit, kritischer betrachtet, von der ausgegebenen Linie des OB abweichen.

⁵ <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-fortschrittsbericht-tuerkei-103.html>

⁶ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/150-Kurden-demonstrieren-in-der-Innenstadt-wegen-Festnahme-in-Diyarbakir>

⁷ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/Tuerkischer-Feiertag-Kurden-protestieren-vor-dem-Neuen-Rathaus-in-Hannover>

⁸ <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Innenminister-erlaesst-Betaetigungsverbot-fuer-Eker>

⁹ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/Stadt-sagt-Auftritt-von-AKP-Vize-in-Hannover-ab>

b) Halim-Dener-Platz kein „innertürkischer“ Konflikt

Die Annahme, bei der Benennung des Halim-Dener-Platzes handele es sich um einen „innertürkischen“ Konflikt, ist falsch.

Richtig ist, dass Halim Dener 1994 im Alter von 16 Jahren als sog. unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland floh. Zuvor war er in türkischer Polizeihaft gefoltert und das Dorf, in dem er aufgewachsen war, vom Militär zerstört worden. Ein Leben in Sicherheit war ihm in seiner Heimat, den nordkurdischen Gebieten im Südosten der Türkei, nicht länger möglich. Er beantragte in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) Asyl; unter falschem Namen, um seine Familie in der Türkei nicht zu gefährden, da die deutschen Behörden seinerzeit insbesondere in Ausländerangelegenheiten eng mit dem türkischen Staat arbeiteten, der Angehörige Asylsuchender häufig unter Druck setzte oder in Sippenhaft nahm.

Richtig ist auch, dass Halim Dener in der Nacht vom 30.06.1994 beim Kleben von Plakaten mit dem Emblem der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) unter bis heute ungeklärten Umständen von einem Polizeibeamten in Zivil erschossen wurde. Dies ereignete sich allerdings nicht in Kurdistan oder der Türkei, sondern auf dem Steintorplatz, in der Innenstadt Hannovers.

In den folgenden Tagen und Wochen prägten Proteste und Trauerveranstaltungen das Stadtbild Hannovers und auch in anderen norddeutschen Städten wurde gegen den Tod des Jugendlichen – teils gewaltsam – protestiert. In Hannover sprach OB Herbert Schmalstieg auf einer Trauerdemonstration am 09.07.1994, an der 16.000 Menschen teilnahmen.¹⁰ Auf dieser bezeichnete er das Betätigungsverbot gegen die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) von 1993 als Fehler und erkannte die Trauer um den Getöteten als notwendig und legitim an. Daraufhin wurde ihm von türkischen Nationalisten mit Mord gedroht, türkisch-nationalistische Tageszeitungen veröffentlichten seine persönlichen Kontaktdaten und verleumdete ihn als „Terroristenwerkzeug“.¹¹ Trotzdem hält Herbert Schmalstieg seine couragierte Intervention auch heute noch für richtig und hat bewiesen, dass es möglich ist, Position zu beziehen, ohne Neutralität einzubüßen.

Angesichts dieser Ereignisse sind der Tod und das Leben Halim Deners untrennbar mit der Stadt Hannover und ihrer Geschichte verbunden.

¹⁰ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/20-Jahre-nach-dem-Tod-von-Halim-Dener-demonstrieren-Kurden-in-Hannover>

¹¹ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/20-Jahre-nach-dem-Tod-von-Halim-Dener-demonstrieren-Kurden-in-Hannover>

Ein weiterer Aspekt der Erinnerungsarbeit an Halim Dener, ist leider auch ein „deutsches“ Problem; es handelt sich dabei um tödliche Polizeigewalt. Es ist verständlicherweise kein Thema, über das Gesellschaft oder gar Politik gerne sprechen. Aber wie kürzlich in einem Recherchedossier der Tageszeitung taz veröffentlicht wurde, sind allein seit 1990 mindestens 269 Menschen von Polizisten in der BRD erschossen worden.¹²

Sicherlich handelt es sich nur in einer absoluten Minderheit der Fälle um vorsätzliche rechtswidrige Tötungsdelikte. Dennoch muss eine Diskussion über den Einsatz potentiell tödlicher Waffen und dessen Folgen in einer Demokratie möglich sein, auch durch die Benennung von Straßen und Plätzen wie bspw. im Falle Benno Ohnesorgs; selbst wenn es 25 Jahre dauert.

Unter den 269 Todesfällen seit 1990 finden sich auffallend viele Migranten, sodass das Vertrauen der migrantischen Communities in die deutsche Polizei und den deutschen Rechtsstaat unter dem Problem Polizeigewalt leidet. Die Gefahr des schwindenden Vertrauens in Polizei und Rechtsstaat stellte erst kürzlich, am 09.08.2017, ein Staatsanwalt in seinem Plädoyer in einem Prozess wegen Polizeigewalt vor dem Landgericht Bremen dar.¹³ Verschärft wird diese Problematik immer wieder durch rassistische Motive der Täter. Dieses Problem geht auch nicht an Hannover spurlos vorbei, wie die Übergriffe auf der Wache der Bundespolizei am Hauptbahnhof oder auf der Polizeiwache in der Herschelstraße in den letzten Jahren gezeigt haben.¹⁴

Gerade für so entscheidende Selbstverständlichkeiten einer Demokratie, wie das Vertrauen in den Rechtsstaat, ist es wichtig, Menschen eine Form des demokratischen Ausdrucks und der gesellschaftlichen Anerkennung zu ermöglichen, die sie selbst bestimmen. Einen Ort der Erinnerung an Halim Dener zu schaffen, ist keinerlei Schuldeingeständnis der Behörden und geschieht nicht auf Kosten von Bevölkerungsgruppen oder Belangen der gesamten Stadt. Ein solcher Ort wäre ein Ausdruck des Respekts, der Demut und der Bereitschaft zu Dialog und einer gemeinsamen Zukunft in ganz Hannover.

Dieser Tatsache trägt die hannoversche Kommunalpolitik und -verwaltung bis heute keine Rechnung. Stattdessen sind es insbesondere die migrantischen Teile der Stadtgesellschaft, ob kurdisch oder nicht, die dieses Kapitel der Stadtgeschichte bis heute nicht vergessen lassen und seit 1994 über regelmäßige Gedenkveranstaltungen und aktive Erinnerungsarbeit am Leben erhalten. Dazu gehört auch die immer wiederkehrende Forderung nach einer Anerkennung dieser Geschichte und ihre Sichtbarmachung durch ein öffentli-

¹² <https://taz.atavist.com/polizeitote#chapter-1957584>

¹³ <http://taz.de/Landgericht-Bremen-gegen-Polizeigewalt/!5433880/>

¹⁴ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Polizist-Die-Gewalt-gegen-Fluechtlinge-hat-System>

ches Andenken – z.B. in Form eines Ortes des Gedenkens – und einer Darstellung der Umstände des Todes.

In Hannover bilden türkischstämmige Menschen eine große Personengruppe deren Anteil an den Migranten in Linden-Nord mit fast 7% nochmals deutlich über dem Stadtdurchschnitt liegt.¹⁵ Da Kurden nicht gesondert erfasst werden, werden sie meist unter den Staatsbürgerschaften Türkei, Syrien und Irak subsumiert. Unter Berücksichtigung von Einbürgerungen und der Fluchtbewegungen der letzten Jahre, insbesondere aus den oben genannten Ländern, kann die Zahl der in Hannover lebenden kurdischstämmigen Bevölkerung auf etwa 10.000 geschätzt werden.

Als letzte Facette eines angemessenen Gedenkens wird an dieser Stelle auf die Fluchtgeschichte Halim Deners verwiesen. Diese findet ihr Echo in der derzeit medial, gesellschaftlich wie politisch omnipräsenten Thematisierung von Flucht nach Europa, Recht auf Asyl und Ankommen in Deutschland. Diese Debatten prägen auch das Zusammenleben in Hannover, im Besonderen den Alltag der migrantischen Communities und Migranten-selbstorganisationen.

Im Zuge der Vorbereitungen der Gedenkdemonstration zum 20. Todestag Halim Deners 2014 entwickelten kurdische, türkische und deutsche Jugendliche gemeinsam die Kampagne Halim Dener. Sie ist eine der aktivsten Akteurinnen in der Erinnerungsarbeit an Halim Dener und ein Vorbild für interkulturellen Dialog, demokratische Partizipation und selbstorganisierte Jugendarbeit.

Z.B. brachte die Kampagne bereits 2014 Jugendliche mit dem Refugee Protest Camp sudanesischer Geflüchteter am Weißekreuzplatz zusammen und initiierte anhand der Geschichte Halim Deners Gesprächsrunden zu verschiedenen Themen. Aus diesem Projekt ist u.a. ein kurzer Clip für die Mobilisierung zur Gedenkdemonstration 2014 entstanden.¹⁶ Die aufgeführten Beispiele der geleisteten Erinnerungsarbeit verdeutlichen, in welcher Weise sich unterschiedlichste Gruppen verbinden und gesellschaftliche Initiativen mit der Thematisierung weiterer drängender Fragestellungen beschäftigen. Diese sind gerade jetzt hochaktuell und gehen weit über die kurdische Frage hinaus. Das von OB Schostok angebrachte und vom MI aufgegriffene Argument der politischen Neutralität zu einem „innertürkischen“ Konflikt ist allein dadurch bereits entkräftet, dass es sich bei einer Platzbenennung nach Halim Dener nicht um einen „türkischen“ Konflikt handelt.

¹⁵ STATISTISCHE BERICHTE der Landeshauptstadt Hannover - Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke 2017 S. III - 7

¹⁶ <https://www.youtube.com/watch?v=rE2Peialpl4>

c) Lange Diskussion der Stadtgesellschaft vorausgegangen

Dem Beschluss des Bezirksrates einen Platz nach Halim Dener zu benennen ist eine mehrjährige, stadtweit geführte Diskussion vorausgegangen. Alle Interessierten hatte innerhalb dieses Diskussionsprozesses die Möglichkeit sich sowohl im eigenen Interesse als auch im übergeordneten Interesse der Stadt einzubringen. Eine Berücksichtigung der Belange der gesamten Stadt hat der Bezirksrat vor dem Hintergrund vorgenommen und die einzelnen Aspekte abgewogen.

Im Folgenden wird auf Ereignisse eingegangen, bei denen sich die Stadt Hannover und OB Schostok selbst bereits konkret zum Gedenken an Halim Dener positioniert haben.

Am 30.06.2015, dem 21. Todestag Halim Deners, nahm der damalige Finanz- und Ordnungsdezernent Dr. Marc Hansmann an einer öffentlichen und gut besuchten Podiumsdiskussion zum Umgang mit dem Gedenken an Halim Dener im Kulturzentrum Pavillon als Diskutant teil. Er debattierte dabei mit einer Vertreterin des Demokratischen Gesellschaftszentrums der Kurden in Hannover (NAV-DEM Hannover), einem Aktivisten der Kampagne Halim Dener, dem ehemaligen OB Herbert Schmalstieg und dem heutigen Bezirksratsmitglied Julia Hamburg (MdL) über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten des würdevollen Gedenkens und konkret eines Gedenkortes.

Damit war der Stadt spätestens seit Sommer 2015 auf höchster Ebene bekannt, dass es eine ernsthafte Initiative in der Stadtgesellschaft gab, einen Ort des Gedenkens an Halim Dener zu schaffen. Hansmann griff sogar einen Vorschlag aus dem Publikum auf, eine dokumentarische Ausstellung im Neuen Rathaus zum 22. Todestag in der Stadtverwaltung zu thematisieren.

Dieser Vorschlag wurde bereits vor zwei Jahren zur Kenntnis genommen, ohne dass sich die Stadt in dieser Sache bewegt hätte. Das aktuelle Vorhaben OB Schostoks, eine „Dokumentation“ durch eine Kommission erarbeiten zu lassen,¹⁷ ist daher zwar begrüßenswert, jedoch fehlt die ausdrückliche Bereitschaft auf Grundlage einer solchen Dokumentation Konsequenzen zu ziehen. Dies forderte beispielsweise der ehemalige OB Schmalstieg ein, indem er nach dem Beschluss des Bezirksrates Linden-Limmer alternativ zur Platzbenennung eine Gedenkplatte am Steintor ins Gespräch brachte.¹⁸

OB Schostok wurde bereits letztes Jahr, in seiner Bürgersprechstunde am 26.09.2016, persönlich und direkt angesprochen. Im Zuge einer 24-stündigen Kundgebung am

¹⁷ http://welt-in-hannover.de/index.php?article_id=5893&clang=0

¹⁸ http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Halim-Dener-Hannoverschwierige-Erinnerung,halimdener106.html

25./26.09.2016 auf dem Steintorplatz machte die Kampagne Halim Dener auf das Anliegen, einen Ort des Gedenkens an Halim Dener zu schaffen, aufmerksam. Gegen Ende der Kundgebung suchte die Kampagne den OB in seiner Bürgersprechstunde auf. Dazu heißt es in einer Pressemitteilung der Kampagne vom 26.09.2016:

„Das Gespräch mit OB Stefan Schostok wurde am Montag Nachmittag im Rahmen seiner Bürger*innensprechstunde gesucht und der Landeshauptstadt Hannover mit einem Gedenkstein eine neue Anregung geschaffen. Zwei Aktivist*innen hatten die Bürger*innensprechstunde des Oberbürgermeisters aufgesucht, um ihm das Anliegen der Kampagne vorzutragen. Sie erklärten das Bedürfnis nach einem Ort des Gedenkens und baten den OB um Unterstützung. Dieser zeigte sich durchaus offen und gesprächsbereit, warnte aber schon mal, dass erinnerungspolitische Projekte erfahrungsgemäß längere Zeit bis zur Realisierung bräuchten. Auf der Abschlusskundgebung konstatierte darum ein Aktivist der Kampagne: ‚Uns ist es wichtig, im Dialog zu bleiben und gemeinsam nach einer Möglichkeit des Gedenkens zu suchen. ... Wir wollen aber nicht noch einmal 22 Jahre warten, bis sich etwas tut. Darum hat heute jemand einen Stein des Anstoßes geschaffen und an dieser Stelle, an der Halim Dener erschossen wurde, einen Gedenkstein hinterlassen.‘ Nun ist es an der Stadt sich zu ihrer Geschichte zu verhalten und einen Umgang mit dem Gedenkstein zu finden. Die Kampagne wäre gerne bereit, weiterhin daran mitzuwirken.“¹⁹

Die Stadt ließ den Gedenkstein nach nur wenigen Tagen entfernen. Eine Stellungnahme ihrerseits gab es nicht. Eine Antwort des OBs, wie das Anliegen seinerseits behandelt wurde, erhielt die Kampagne Halim Dener ebenfalls nicht.

Des Weiteren wurden OB Schostok und die Stadt Hannover durch eine Versammlung im Eingangsbereich des Neuen Rathauses während des Neujahrsempfangs der Stadt am 09.01.2017 adressiert. Demonstranten spannten ein großes Banner vor dem Eingang, verlasen Redebeiträge und verteilten Flugblätter an die Besucher des Empfangs, um u.a. an Halim Dener zu gedenken und die Stadt an ihre Verantwortung und Zusagen zu erinnern.²⁰

Erst nach diesen mehrmaligen Versuchen, mit der Stadt in einen Dialog zu treten, wandte sich die Kampagne Halim Dener an Mitglieder des Bezirksrats Linden-Limmer. Den Rats-

¹⁹ http://halimdener.blogspot.eu/files/2017/08/kampagnehalimdener_160926_pm_24stunden-kundgebung-beendet.pdf

²⁰ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Aktivisten-protestieren-vor-der-Rathaustuer-am-Abend-des-Neujahrsempfangs>

mitgliedern gegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, dass das (Nicht-)Verhalten der Verwaltung und ihrer Vertreter als nicht aufrichtig empfunden würde und der Eindruck bestünde, im Stadtteil Linden, mit seiner migrantisch geprägten Geschichte, mehr Verständnis für das Anliegen eines würdevollen Gedenkens entgegengebracht zu bekommen.

Wie der Bezirksrat mit dieser Initiative in den letzten Monaten umgegangen ist, soll an späterer Stelle ausgeführt werden.

Im Ergebnis ist hier bereits festzuhalten, dass die Einheit der Verwaltung der Stadt in Bezug auf die Pflichten gegenüber allen Bürgern und Einwohnern und in Bezug auf überbezirkliche und gesamtstädtische Notwendigkeiten durch den Beschluss des Bezirksrats vom 07.06.2017 nicht beeinträchtigt oder gefährdet, sondern hingegen gestärkt wurde.

2. Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit

Das Bild, das OB und letztlich auch das MI von einer drohenden Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit durch den Halim-Dener-Platz zeichnen, zeugt von ideologisch gefärbten Weltanschauungen. Sie sprechen der Platzbenennung jeglichen konstruktiven Beitrag zu einem demokratischen Diskurs innerhalb der Stadtgesellschaft ab und mutmaßen stattdessen, die Platzbenennung würde Spannungen „zwischen türkisch-nationalistischen und kurdischen Gruppen und Personen“²¹ verstärken, ja sogar „sowohl PKK-nahen Kurden als auch Anhängern der linksextremen Szene eine symbolträchtige Örtlichkeit eröffnen.“²² Sie behaupten, der Halim-Dener-Platz sei „geeignet, zu einem weit über Hannovers Grenzen hinausgehenden ‚Hotspot‘ zu werden, der eine weitere polizeirelevante Mobilisierung der Szenen zur Folge haben könnte.“²³

Die Sachverhalte, die bemüht werden, um dieses Schreckensszenario „zu belegen“, werden entweder verfälscht dargestellt oder sind aus dem Zusammenhang gerissen, um das Anliegen der Platzbenennung zu diskreditieren. Stattdessen liegt in der Argumentation des OBs sogar selbst die Gefahr, die imaginierten Konflikte herbeizureden und Gegner des Platzes in ihrem Glauben zu bestärken, sie könnten durch Gewaltandrohung und gesellschaftliche Polarisierung eine Platzbenennung verhindern.

Der gleichen Argumentation folgend, wäre Hannover auch ohne Platzbenennung allein durch die Örtlichkeit Steintor, an der Halim Dener ums Leben kam, dauerhaft dem Konflikt

²¹ Schreiben des MI vom 10.07.2017, S. 3.

²² Schreiben des MI vom 10.07.2017, S. 4.

²³ ebd.

ausgesetzt, sodass es geradezu erforderlich wäre, den Konflikt geordnet aufzuarbeiten und ihm Dokumentation und Öffentlichkeit zu geben.

a) Keine Straftaten im Zusammenhang mit Halim-Dener-Platz

Zunächst ist festzustellen, dass es, wie vom MI beschrieben, alljährlich aus Anlass des Todestages Halim Deners im hannoverschen Stadtgebiet zu Gedenkveranstaltungen und Versammlungen kommt. Anders, als beschrieben, finden diese jedoch regelmäßig am 30. Juni statt. Auch gab es entgegen der Behauptungen des MI in den letzten Jahren keinerlei Gegenkundgebungen und auch keine anderweitigen konflikträchtigen Spannungen oder gar unfriedliche Situationen um dieses Gedenken an Halim Dener.

Die letzte Gedenkdemonstration dieser Art fand am 30.06.2017 statt. Die Route verlief vom Steintorplatz über den Königsworther Platz und die Limmerstraße zum Halim-Dener-Platz in Linden-Nord. Entlang der Route gibt es eine Vielzahl türkischer Geschäfte, und gerade der Stadtteil Linden ist für seine starke türkische Community bekannt und beliebt. Dennoch bleibt die Demonstration, an der sich nach Angaben der Polizei rund 300 Menschen beteiligten, absolut friedlich und auch bei der anschließenden Abschlusskundgebung auf dem Platz selbst, kam es zu keinerlei Unmutsäußerungen oder Provokationen, weder von „türkischer“ noch von „kurdischer“ Seite.²⁴

Dass eine solche Unterscheidung entlang ethnischer, kultureller oder sprachlicher Kategorien ohnehin nicht trennscharf vollzogen werden kann und an der Realität vorbei geht, zeigt das Bemühen um ein würdevolles Gedenken an Halim Dener gut. So nehmen auch deutlich erkennbar Organisationen und Personen an den Versammlungen und Gedenkaktionen teil, die sich selbst als türkisch oder weder als türkisch noch als kurdisch verstehen.

Des Weiteren kann der Bezirksrat keine inhaltliche Relevanz für die von der Kommunalaufsicht angeführten Termine von Versammlungen erkennen.

Keine einzige Demonstration, bei denen es nach der Darstellung im Schreiben des MI vom 10.07.2017 zu „Vorfällen“ kam, die einen Einsatz der Polizei notwendig machten, steht in einem inhaltlichen Verhältnis zu Halim Dener oder einem Gedenken an ihn. Sie werden einfach dem Datum nach aufgelistet und pauschal behauptet, dass sie Polizeieinsätze erforderlich gemacht hätten. Dass eine angezeigte Versammlung, deren erwartete Teilnehmerzahl eine gewisse Größe übersteigt, grundsätzlich einen Polizeieinsatz notwendig

²⁴ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Protest-in-der-City-Demonstranten-fordern-Halim-Dener-Platz>

macht, wird unter den Tisch fallen gelassen. Welcher Art diese Polizeieinsätze im Einzelnen tatsächlich waren – von Verkehrssicherung bis Strafverfolgung – wird ebenso verschwiegen wie die Tatsache, dass der deutlich überwiegende Teil dieser Versammlungen absolut friedlich war.

Da die Auflistung dennoch die Sicht des OB und die darauf fußende Einschätzung der Kommunalaufsicht untermauern soll, sieht sich der Bezirksrat leider gezwungen in dieser Stellungnahme auf jedes genannte Datum einzeln einzugehen um diese Scheinargumente zu entkräften.

Am späten Abend des **06.10.2014**, gegen 22.00 Uhr, versammelten sich, wie in vielen anderen Städten Norddeutschlands, spontan etwa 400 Menschen, um gegen die akuten Angriffe des IS in Nordsyrien und die Untätigkeit der Bundesregierung zu protestieren. Dabei blockierten sie um 23.30 Uhr am Ernst-August-Platz, kurzzeitig die Gleise der Stadtbahn. Später, gegen 1.30 Uhr, fuhr ein Teil der Versammlungsteilnehmer noch zum Flughafen in Langenhagen, um auch dort auf die akute Situation in Kobanê und die Forderungen aufmerksam zu machen.²⁵ „Konfliktsituationen“ zwischen bestimmten, Gruppen wie sie das Schreiben des MI suggeriert, hat es nicht gegeben.

Dieser Kontext sollte bei der Nennung der Versammlungen am 06./07.10.2014 nicht verschwiegen werden, auch wenn unklar bleibt, welche Verbindung zur Benennung des Halim-Dener-Platzes gezogen wird.

Entgegen der Erwartungen wird sogar ein Sachverhalt, der jeglichen inhaltlichen Bezug zu vermeintlich „kurdischen/türkischen“ Themen vermissen lässt, herangezogen: der Protest gegen die Einheitsfeierlichkeiten in Hannover am **03.10.2014** hat rein gar nichts mit Halim Dener zu tun, sodass sich der Bezirksrat nicht in der Lage oder Verantwortung sieht, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen.

Bei dem aufgeführten „Vorfall“ vom **12.09.2015** handelt es sich vermutlich um ein versuchtes Tötungsdelikt durch einen Messerangriff auf einen syrisch-kurdischen Geflüchteten aus einem Aufmarsch türkischer Nationalisten heraus.²⁶ Der junge Mann wurde lebensgefährlich verletzt und sein Leben konnte nur in einer Notoperation gerettet werden, bleibende schwere Beeinträchtigungen, insbesondere beim Sprechen, hat er noch heute.

²⁵ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/200-Kurden-demonstrieren-vor-Hauptbahnhof>

²⁶ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Antifa-Demo-als-Solidaritaetbekundung-mit-Anti-Pkk-Demo-Opfer-in-der-Innenstadt>

Umfangreiche Pressefotos der Versammlung zeigen, dass es sich bei etlichen Teilnehmern um die sog. „Grauen Wölfe“ handelt, eine faschistische Organisation mit paramilitärischen Strukturen, die der Partei der Nationalen Bewegung (MHP) zumindest nahe steht und für zahlreiche Morde an politischen Gegnern auch in Europa verantwortlich ist.²⁷ Bei solchen Aufmärschen wird regelmäßig gegen Kurden, Armenier, Juden, Aleviten und politische Gegner gehetzt, was, wie die Ereignisse vom 12.09.2015 zeigen, nicht selten in schweren Straftaten mündet. Obwohl auch diese Tat in keinem inhaltlichen Zusammenhang mit einer möglichen Platzbenennung in Linden steht, darf sich die Verwaltung einer Stadt in einem Rechtsstaat nicht solchen Feinden der Demokratie beugen und ihnen nach dem Mund reden. Genau das tut aber OB Schostok, wenn er eine Benennung des Halim-Dener-Platzes verhindern will, indem er diejenigen unterstützt, die aus türkisch-nationalistischen Gründen ein Gedenken an verstorbene verhindern wollen, einzig weil es sich bei dem Betroffenen um eine Kurden handelt.

Die Demonstration gegen den Messerangriff am folgenden Tag mit 1.700 Teilnehmern blieb durchweg friedlich, trotz Provokationen durch Nationalisten am Rande der Demonstration.²⁸ Der friedliche Ablauf des Protests ist maßgeblich auf das besonnene und verantwortungsvolle Vorgehen kurdischer Organisationen und Aktivisten zurückzuführen. Weder Kommunalpolitik noch Polizei haben einen konstruktiven Beitrag zu diesem Verlauf der Dinge geleistet, sondern sogar – ähnlich wie in der aktuellen Situation der strittigen Platzbenennung – weitere Gewalt prognostiziert.²⁹

Entgegen der Stellungnahme der Polizeidirektion Hannover vom 20.06.2017, auf die sich das MI bezieht, soll es nach Polizeiangaben, die die HAZ zitiert, beim Empfang des Generalkonsuls anlässlich des türkischen Nationalfeiertags im Neuen Rathaus am **31.10.2016** zu keinem Eingreifen der Polizei gekommen sein.³⁰ Die Aussagen widersprechen sich diametral, obwohl beide auf Angaben der Polizeibehörden zurückgeführt werden, sodass sie für den Bezirksrat nicht nachprüfbar sind.

Des Weiteren verweist die Polizeidirektion Hannover auf Versammlungen am **04.11.2016** und **06.11.2016**. Nachdem die Parlamentarier und Kovorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Selahattin Demirtaş und Figen Yükseskağ, in der Nacht des

²⁷ <http://www.haz.de/Hannover/Fotostrecken-Hannover/Anti-PKK-Demo-am-Steintor#n11020877-p1>

²⁸ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Tatverdaechtiger-stellt-sich-nach-Messerattacke-auf-Kurden-in-Hannover>

²⁹ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Weitere-tuerkisch-kurdische-Konflikte-befuerchtet>

³⁰ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Tuerkischer-Feiertag-Kurden-protestieren-vor-dem-Neuen-Rathaus-in-Hannover>

03.11.2016 aufgrund des Vorwurfs, sie hätten Propaganda für eine terroristische Organisation betrieben, festgenommen wurden, kam es in der Türkei wie in Europa zu Protesten. Nicht nur die kurdische Gesellschaft verurteilte die Festnahmen, sondern auch die internationale Gemeinschaft sowie Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft der BRD, bspw. Bundespräsident Joachim Gauck³¹ und Außenminister Frank-Walter Steinmeier.³²

In Hannover kam es aus Protest gegen die Festnahmen zunächst noch in der selben Nacht zu einer Spontan-Versammlung am Ernst-August-Platz mit 150 Teilnehmern, die ausschließlich friedlich war.³³ Am Nachmittag des 04.11.2016 fand eine Kundgebung am Klagesmarkt in Sichtweite des Generalkonsulats der Republik Türkei mit 200 Teilnehmern statt, die ebenfalls zu keiner Zeit unfriedlich wurde.³⁴

Zwei Tage später, am 06.11.2016, versammelten sich 1.500 Menschen zu einer kurzfristig angemeldeten Demonstration gegen die Politik Tayyip Erdogans und seines AKP-Regimes. Auch diese Versammlung verlief „lebhaft aber friedlich“, wie die HAZ schreibt.³⁵ Konfliktsituationen zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen hat es nicht gegeben.

Diese drei Versammlungen sind Muster-Beispiele für legitimen und friedlichen Protest, der Teil der durch das Grundgesetz geschützten Versammlungsfreiheit ist. Staat und Behörden sind verpflichtet, die Versammlungsfreiheit nicht mehr als notwendig zu beschränken, selbst wenn Versammlungen Polizeieinsätze erforderlich machen. Dass derlei Versammlungen für die Argumentation gegen eine Platzbenennung herangezogen werden, zeugt von Voreingenommenheit.

Welche Vorkommnisse die Polizeidirektion am **16.03.2013** gemeint haben mag, erschließt sich dem Bezirksrat trotz gründlicher Recherche nicht. Daher kann zu dieser pauschalen Nennung keine Stellung genommen werden.

Insgesamt werden für den gesamten Betrachtungszeitraum der vergangenen fünf Jahre sieben „Ereignisse“ benannt. Andererseits fanden im gleichen Zeitraum weit über einhundert Demonstrationen, Kundgebungen und ähnliche Aktionen statt, die inhaltlich dem vermeintlichen „türkischen“ oder „kurdischen“ Spektrum zuzuordnen sind. Insbesondere die aktuel-

³¹ <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Gauck-bestuerzt-ueber-Vorgaenge-in-der-Tuerkei>

³² <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Tuerkei-Steinmeier-droht-mit-Abbruch-des-EU-Dialogs>

³³ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Kurden-veranstalten-naechtlige-Spontan-Demo-in-Hannover>

³⁴ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Rund-200-Kurden-demonstrieren-am-Klagesmarkt>

³⁵ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Kurden-demonstrieren-in-Hannover-gegen-die-tuerkische-Regierung>

len Entwicklungen rund um den Putschversuch im Juli 2016 und das Verfassungsreferendum im April 2017 haben zu einer Vielzahl an Versammlungen beigetragen und die hier lebenden Communities emotionalisiert. Trotzdem konnten keine Vorkommnisse rund um das Gedenken an Halim Dener aufgeführt werden, die aus Sicht des Bezirkrats eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die Platzbenennung belegen würden.

Der Bezirksrat möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit und die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik hinweisen, die in der Argumentation des OBs liegt, wenn er meint, er müsse sich den Gewaltandrohungen türkischer Nationalisten beugen.

Die Organisationen Aşağı Saksonya Atatürkçü Düşünce Derneği/Niedersächsischer Atatürk Bildungsverein, Avrupa ADD Birliği/Verband der Atatürk Bildungs- und Kulturzentren in Europa, Vatan Partisi/Vaterlandspartei, Türkiye Gençlik Birliği (TGB)/Verband der türkischen Jugend, Avrupa Türk-İslam Birliği (ATİB)/Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa, Türk Öğrenciler Birliği (TÖB)/Türkischer Jugend- und Studentenbund, Hannover Ülkü Ocakları/Idealistenverein Hannover (auch bekannt als „Graue Wölfe“), Avrupalı Türk Demokratlar Birliği/Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) und Diyanet İşleri Türk İslam Birliği (DİTİB)/Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, die sich gegen die Benennung des Halim-Dener-Platzes aussprechen,³⁶ vereint ein Nationalismus, der Züge gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweist. In diesem Nationalismus liegt die Gemeinsamkeit der verschiedenen Spektren – vom strengen Kemalismus, über den politischen Islam in Ausprägung der sog. „türkisch-islamischen Synthese“, der mittlerweile vorgegebene Linie in (halb-)staatlichen Institutionen wie der DİTİB ist, bis hin zum offenen Faschismus der Grauen Wölfe.

Für Anhänger dieser Gruppen sind die Journalisten Deniz Yücel und Can Dündar ebenso Unterstützer einer Terrororganisation wie gewählte Abgeordnete, Bürgermeister und Mitglieder der türkischen Demokratischen Partei der Völker (HDP) oder eben der 16-jährige Halim Dener. Selbst Türkei-stämmigen Mitgliedern des Deutschen Bundestags wurde nach dem Beschluss der Resolution vom 02.06.2016, die den Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich von 1915/1916 als solchen benennt,³⁷ mit Mord gedroht.³⁸ OB Schostok kapituliert vor den Feinden der Demokratie, wenn er ihre Drohungen, die Situation gewaltsam zu eskalieren, wie sie in der Bezirksratssitzung am 07.06.2017 deutlich geäußert wurden, legitimiert, indem er sie als Argumente gegen eine Platzbenennung an-

³⁶ <http://www.hurriyet.com.tr/linden-limmer-belediye-meclisinden-skandal-karar-40493126>

³⁷ Deutscher Bundestag, Drucksache 18/8613.

³⁸ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/tuerkei-recep-tayyip-erdogan-armenien-resolution-morddrohungen>

führt. Stattdessen ist es seine Verantwortung als OB, dem Bezirksrat Linden-Limmer und seinen aus freien gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Vertretern, auch in schwierigen Lagen den Rücken zu stärken und ihnen bei der Entwicklung eines demokratischen Diskurses, im Interesse der Belange der gesamten Stadt und der Einheit der Verwaltung, beiseite zu stehen.

b) Halim-Dener-Platz als Beitrag zum demokratischem Diskurs

Es wurde bereits dargestellt, dass der Bezirksrat einen seit Jahren in Hannover geführten Diskurs mit der Benennung des Halim-Dener-Platz aufgegriffen hat. Abschließend muss noch ausgeführt werden, wie dieser Diskurs im Bezirksrat und im Stadtbezirk Linden-Limmer weitergeführt wurde, um letzte Zweifel zu zerstreuen, der Beschluss wäre nicht ausreichend begründet gewesen.

Nach dem Neujahrsempfang der Stadt im Januar 2017 fanden mehrere Treffen und Absprachen zwischen den Fraktionen und Mitgliedern des Bezirksrats, die sich für eine Platzbenennung stark machen, statt; auch die SPD-Fraktion wurde zu diesen Gesprächen eingeladen, zögerte aber lange, bevor sie sehr spät auf die von ihrem Parteichef Alptekin Kirci vorgegebene Linie umschwenkte.³⁹

Bereits am 23.03.2017, stellten die Fraktionen und Ratsmitglieder gemeinsam mit der Kampagne Halim Dener und einem Unterstützerkreis von Gewerbetreibenden, Kulturschaffenden und sozialen Initiativen wie einem Buchladen, einem Wohnprojekt, Fußballfans und Kneipiers aus Linden die Idee der Benennung des Platzes in Linden-Nord der Öffentlichkeit vor.⁴⁰

Seit dem 23.03.2017 hat es einen lebhaften Diskurs um die Platzbenennung gegeben. Insbesondere der Unterstützerkreis in Linden hat mit Aushängen in Schaufenstern von Geschäften und Restaurants, Beiträgen beim Newroz-Fest am 25.03.2017 in der Grünanlage an der Brackebuschstraße und beim 1. Mai-Fest auf dem Faust-Gelände, einem Konzert auf dem Halim-Dener-Platz oder einer Choreografie bei einem Spiel des SV Linden 07 die Diskussion im Stadtteil vorangetrieben.

Mittlerweile wurde über Monate hinweg diskutiert, meist sachlich und konstruktiv, zum Teil

³⁹ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/SPD-Platz-fuer-Halim-Dener-in-Hannover-Linden-ist-eine-Provokation>

⁴⁰ <http://www.lindenspiegel.co.uk/archiv/2017/Lindenspiegel04-2017.pdf>

wie bei den beiden Bezirksratssitzungen am 10.05.2017⁴¹ und 07.06.2017⁴² recht kontrovers und emotional. Aber zu keinem Zeitpunkt war das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Hannover ernsthaft gefährdet.

Als der OB und der Verwaltungsausschuss am 17.05.2017 gegen den ersten Beschluss Einspruch einlegten, demonstrierten vor dem Neuen Rathaus zwei bis drei Dutzend Aktivist*innen gegen dieses Einschreiten – sogar ohne Polizeieinsatz.⁴³

Die diesjährige Demonstration zum 23. Todestag Halim Deners am 30.06.2017 führte rund 300 Teilnehmer vom Steintorplatz zum Halim-Dener-Platz, wie bereits oben ausgeführt an zahlreichen türkischen Geschäften und Einwohnern vorbei, ohne angefeindet oder abfällig bedacht zu werden.⁴⁴ Stattdessen versammelte die Demonstration zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen, Parteien aus dem Bezirksrat und Einwohner aus Linden und ganz Hannover, die ein buntes, friedliches und trotzdem entschlossenes Bild des Gedenkens an Halim Dener zeichneten.⁴⁵

Als Bezirksrat Linden-Limmer stellen wir uns unseren Stadtbezirk genauso so vor: bunt, friedlich, couragiert. Wir wissen, dass wir damit die Mehrheit der Einwohner Lindens vertreten und an der Zukunft eines gemeinsamen Stadtteils arbeiten. Die migrantische Geschichte ist untrennbarer Teil der Stadt Hannover und des Stadtteils Linden, auch wenn sich das heute noch zu wenig im öffentlichen Bild, insbesondere auch in der Benennung von Straßen und Plätze widerspiegelt.

Vor diesem Hintergrund bleiben wir bei unserem Beschluss, den Halim-Dener-Platz in Linden-Nord zu benennen, und sind nach wie vor der Überzeugung, bzgl. der Belange der gesamten Stadt Hannover verantwortungsvoll gehandelt zu haben.

Beanstandung wäre fatales Signal

Den Beschluss des Bezirksrats zu beanstanden wäre ein fatales Signal für die partizipative Demokratie und könnte ein negativer Beitrag zu einem steigenden Desinteresse an der Kommunalpolitik werden.

⁴¹ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Der-Bezirksrat-Linden-Limmer-will-einen-Platz-in-Linden-Nord-nach-dem-getoeteten-Kurden-Halim-Dener-benennen>

⁴² <http://www.haz.de/Hannover/Aus-den-Stadtteilen/Linden/Bezirksrat-Linden-Limmer-will-weiter-Halim-Dener-Platz>

⁴³ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Streit-um-Halim-Dener-Platz-geht-weiter>

⁴⁴ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Protest-in-der-City-Demonstranten-fordern-Halim-Dener-Platz>

⁴⁵ https://www.youtube.com/watch?v=aLr_pZxaBWY

Das statistische Landesamt verzeichnet laut HAZ einen Rückgang beim aktiven Engagement in der Kommunalpolitik, gerade auch in der Region Hannover:

„Das Interesse der Niedersachsen an einem aktiven Engagement in der Kommunalpolitik sinkt. Das geht aus einer Untersuchung des Statistischen Landesamtes hervor. [...] Der CDU-Landtagsfraktionsvize Reinhold Hilbers, der auch als Fraktionsvorsitzender im Kreistag der Grafschaft Bentheim sitzt, glaubt, dass die Politik mehr für ein positives Image tun muss: ‚Klare Ansagen, mehr Mut zu Entscheidungen.‘ Außerdem fordert Hilbers mehr Entscheidungsspielraum für die Kommunen: ‚Das Land sollte nicht alles festlegen.‘ Nach Ansicht des SPD-Landtagsabgeordneten Bernd Lynnack müssten gerade junge Leute für die Bedeutung der Kommunalpolitik sensibilisiert werden.“⁴⁶

Mit eben dem Ziel, kommunalpolitisches Engagement zu fördern, hat der Gesetzgeber in der Neufassung des NKomVG von 2011 die Kompetenzen der Bezirks- und Ortsräte gestärkt. Erst dadurch ist Bezirksräten die Möglichkeit eingeräumt worden Straßenbenennungen vorzunehmen. Eine Auseinandersetzung wie die um den Halim-Dener-Platz darf nicht dazu führen den Bezirksräten gesetzlich zuerkannte Rechte zu nehmen, wie der FDP-Fraktionsvorsitzende im hannoverschen Stadtrat, Wilfried Engelke, bereits angedeutet hat.⁴⁷

Man kann sich politisch sicherlich darüber streiten, ob die Benennung eines Platzes nach Halim Dener erforderlich ist, rechtswidrig ist der Beschluss allerdings nicht. Der Bezirksrat Linden-Limmer ersucht die Niedersächsische Kommunalaufsicht somit, unter Berücksichtigung der oben gemachten Ausführungen, der Argumentation des Bezirksrates zu folgen und den Beschluss vom 07.06.2017 als rechtmäßig anzuerkennen.

Hinweis

Die rechtliche Prüfung durch den Bezirksrat ist bisher nicht abgeschlossen, zumal uns erst Montag 21.08.17 letzte mündliche Aussagen der LHH erreicht haben. – Wir behalten uns daher rechtliche Schritte ausdrücklich vor und beauftragen damit RAin Dr. Angelika Bode .

⁴⁶ <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Interesse-in-Niedersachsen-an-einem-Engagement-in-der-Kommunalpolitik-sinkt>
Der vollständige Bericht, auch zu den Zahlen zur Region Hannover, ist nachzulesen in: Christopher Königsberg, Statistische Monatshefte Niedersachsen, Landesamt für Statistik Niedersachsen, Ausgabe 6/2017 S. 272-277

⁴⁷ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Braucht-Hannover-einen-Halim-Dener-Platz>

Hierbei werden wir nicht nur angekündigte weiteren Verfahrensschritte, sondern auch das Vorgehen der LHH prüfen lassen (fehlende Rechtsmittel- / Rechtsbehelfsbelehrung, fehlende rechtliche Beratung, Behauptung der fehlenden Klagebefugnis des BR, keine Rechtshilfe zur Verfügung gestellt, keine Bereitschaft Kosten der Rechtshilfe für den Bezirksrat zu tragen u.w.m.).

Insofern fordern wir die Verwaltung nochmals auf, ihrem allgemeinen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch Folge zu leisten und dem Bezirksrat bzw. Bezirksratsmitgliedern im Rahmen von Rechtsbeihilfe zur Durchsetzung organschaftlicher Rechte Kostenerstattung zu gewähren.


23.08.2017



Steffen Malusch
für B90/Grüne



David Müller
für DIE LINKE



Thomas Gauskow
PIRATEN